

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 36

Köln, den 2. September 1932

33. Jahrg.

Der D. G. B. fordert:

## Förderung der Siedlung.

Der deutsche Gewerkschaftsbund hat nachstehende Eingabe an die Reichsregierung, zu Händen des Reichskanzlers, gerichtet:

Die Fortdauer der ungeminderten Arbeitslosigkeit macht es notwendig, allen denen, die die Fähigkeit und den Willen dazu haben, die Möglichkeit zu geben, durch eigene, unmittelbare Arbeit an der Scholle zum vollständigen oder teilweisen Selbstversorger zu werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb, daß ohne Vernachlässigung aller übrigen Wege zur Arbeitsbeschaffung den verschiedenen Möglichkeiten der Siedlung nachdrücklichste Förderung zuteil wird. Er verlangt von der Regierung diese Förderung insbesondere in folgendem:

A. Den

in der Landwirtschaft tätigen Arbeitern,

Angestellten und Familienangehörigen ist grundsätzlich unter stärkstem Einsatz öffentlicher Hilfsmittel in einem solchen Umfange Gelegenheit zur eigenen Siedlung zu geben, daß der Zuzug von Arbeitskräften vom Lande in die Stadt völlig unterbunden wird.

1. In den Gegenden des Reiches, in denen sich die Übung erhalten hat, daß die Familien der Arbeiter einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb weiterführen, während ein Teil der Familienangehörigen durch Arbeit als Bergmann, Steinbrucharbeiter, Pflesterer, Maurer, Fabrikarbeiter, Angestellte usw. das Bareinkommen beschafft, ist den einzelnen Wirtschaften so viel neues Land zuzuteilen, daß sie die jetzt brachliegende Arbeitskraft der arbeitslos gewordenen Familienangehörigen im eigenen Betrieb voll ausnützen können. Bei der Bemessung des zuzuteilenden Landes ist auch Rücksicht zu nehmen auf die Ausnutzungsmöglichkeiten der vorhandenen Gebäude, Scheunen und Stallungen. Bemühungen, wie sie in dieser Hinsicht im Kreise Marburg an der Lahn und im Siegerland kreisseitig angestellt werden, verdienen Ausdehnung auf alle Teile des Reiches, in denen ähnliche Voraussetzungen vorliegen. Das zuzuteilende Land kann aus Staatsbesitz (auch aus Forsten) genommen werden; es kann aber auch für den vorliegenden Zweck mit Hilfe der öffentlichen Körperschaften aus privater Hand gekauft oder auf lange Zeit gepachtet werden.

In allen Fällen, in denen die Zusammenlegung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe sich als der gegebene Weg zur Herstellung ausreichender Wirtschaften erweist, sind denjenigen, die ihren Besitz an den Nachbar abtreten, bevorzugt Siedlerstellen im Gebiet des aufzusteuernden Großgrundbesitzes im Osten zu vermitteln.

2. Im landwirtschaftlichen Gebiet des Ostens ist bei jeder Besiedlung eines Großgrundbesitzes den Arbeitern und Angestellten des betreffenden Gutes vor allen anderen Bewerbern Gelegenheit zur Erlangung von Siedlerstellen zu geben, so daß der Siedlungsvorgang keinerlei Abwanderung von Arbeitskräften in die Stadt zur Folge hat. Die Mecklenburgische Verfügung über die Hergabe von Domänenland verdient Beachtung. Die neu entstehenden Gemeinden haben auch für die älteren Arbeitskräfte, die nicht mehr selbständige Siedler werden können oder freiwillig auf den Erwerb einer Siedlerstelle verzichten, Wohngelegenheit und entsprechend der noch vorhandenen Arbeitskraft Benutzungsgelegenheit für Land zu geben, so daß auch sie dem Lande erhalten bleiben.

B. Städtischen und industriellen Arbeitskräften,

die vom Lande stammen und den Willen haben, sich ihren Lebensunterhalt oder einen wesentlichen Teil ihres Lebensunterhaltes wieder durch eigene Arbeit an der Scholle zu schaffen, ist dazu die Möglichkeit zu bieten.

1. In zahlreichen Fällen haben im Umkreis der Städte und Industriegebiete ehemalige Landwirte ihre landwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben und sind anderer Arbeit nachgegangen. Sie haben von ihrem früheren landwirtschaftlichen Besitz nur die unmittelbare Wohnung nebst Hof und Garten behalten, aber das übrige Land abgestoßen. Bei der jetzigen Wirtschaftslage streben sie nach einer Wiederaufnahme einer vollen landwirtschaftlichen Tätigkeit zurück, doch ihnen fehlt nunmehr das Land. Auch in diesen Fällen betrachtet es der Deutsche Gewerkschaftsbund als eine Aufgabe von Reich, Ländern und Gemeinden, diesen Personen zur Erlangung ausreichender landwirtschaftlicher Betriebsflächen und der notwendigen Ergänzung des Inventars zu helfen, da es sich um Menschen handelt, die ohne weiteres in die landwirtschaftliche Wirtschaft zurückkönnen. Auch das trägt zur Entlastung des städtischen und industriellen Arbeitsmarktes bei, ohne daß Neuinvestitionen in Gebäuden und dgl. vorgenommen werden müssen.

2. Die Kurzarbeitersiedlung, durch die dem Arbeitnehmer ermöglicht wird, seine freie Zeit produktiv durch Arbeit an der Scholle zur unmittelbaren Schaffung von Nahrungsmitteln anzusehen, ist zu fördern. Besondere Förderung verdienen diejenigen Bestrebungen, in denen durch Umstellung von Dollarbeitern auf Kurzarbeit mit ergänzender Tätigkeit in eigener Siedlung die Zahl der Arbeiter überhaupt erhöht werden kann. Wir sind überzeugt, daß durch wohlüberlegte Förderung aller der Möglichkeiten, in denen ein freiwilliges Eingehen auf derartige Maßnahmen von Seiten der Arbeitnehmer zu erreichen ist, die Kurzarbeitersiedlung zu einer segensreichen Einrichtung werden wird, während jeder Versuch, mit Zwang vorzugehen, bei der Eigenart der obwaltenden Verhältnisse zu Fehlschlägen führen muß.

Den bisherigen Dollarbeitern, die sich bei Zuteilung einer Kurzarbeitersiedlung zur Umstellung auf Kurzarbeit freiwillig bereithalten, muß als Gegenleistung die Zusage gegeben werden, daß sie bei etwaigen zukünftigen Abbaumassnahmen eine besondere Sicherheit für die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes gewährt bekommen.

Kurzarbeitersiedlungen dürfen nicht allzu entfernt vom Arbeitsplatz der Siedler angelegt werden, damit nicht der zeitliche und geldliche Aufwand für Eisenbahn oder sonstige Fahrten zu einer unerträglichen Last für den Siedler wird.

C. Städtischen und industriellen

Arbeitslosen und Kurzarbeitern,

denen zwar die eigene Erfahrung und Erprobung in Land- und Gartenbau mangelt, die aber den ernsthaften Willen haben, ihre Arbeitskraft in Kleingartenbau und Kleintierzucht zu betätigen, ist durch Reich, Land oder Gemeinde dazu die Möglichkeit in einem den Wirkungsmöglichkeiten der Betroffenen entsprechenden Umfange ebenfalls zu geben. Auch für ihre Anleitung und Umschulung ist zu sorgen.

1. Die mit Erfolg in die Wege geleitete Hergabe von Kleingartenland für Erwerbslose und die ebenfalls mit Erfolg in Angriff genommene Stadtrand siedlung sollten nicht auf Erwerbslose beschränkt bleiben. Es ist notwendig, auch denjenigen, die noch ein Arbeitseinkommen haben, Land zu geben und ihnen zur Selbsterstellung einer Selbsthilfesiedlung am Stadtrand zu verhelfen, damit auch sie sich für künftige Schicksalschläge krisenfester machen können, als sie es jetzt sind. Von großer Bedeutung ist dabei auch die Möglichkeit, den arbeitslosen heranwachsenden Söhnen und Töchtern die Gelegenheit zu einer Körper und Geist gegen Erschlaffung schützenden produktiven Beschäftigung zu geben. Letztes muß sein, allen denjenigen, die sich durch eigene Tatkraft selber helfen wollen, Förderung angebahnen zu lassen. Wichtig ist besonders die kostenlose Hergabe von Holz aus Staatsforsten. Die Förderung muß so angelegt werden, daß sie einem möglichst großen Kreise von Menschen zugutekommt.
2. Solche Förderung verdienen auch die sogenannten „wilden Siedler“. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, daß ihnen gegenüber die dauernden polizeilichen Schikanen, die letzten Endes doch erfolglos sind und der Staatsautorität Abbruch tun, aufhören, und daß z. B. an die Stelle des behördlichen Verlangens nach Räumung einer Wohnlaube die Hilfe tritt, die es dem betreffenden Kleingärtner und Wohnlaubebewohner ermöglicht, den etwa fehlenden gemauerten Kamin herzustellen oder andere Mängel gegen die bestehenden Vorschriften zu beheben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht Reichs- und Staatsregierung mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß die Selbsthelfersiedler, die oft mit primitivsten Mitteln und einem Einsatz von Arbeitskraft, die nur besonders starken Naturen möglich ist, arbeiten, eine Auslese der Fleißigen und Willensstarken darstellen. Mit solch wertvollem Menschenmaterial sollten die Behörden und öffentlichen Körperschaften Hand in Hand arbeiten, nicht aber, wie es bisher leider meistens geschieht, mit ihnen dauernd auf dem Kriegsfuße leben. Für die „wilden Siedler“ sind folgende

#### Erleichterungen

notwendig:

- a) Die Baugenehmigung ist künftig nicht mehr von der Einzahlung oder Hinterlegung von im Regelfall 30 v. H. der bei Ausbau der Straßen entstehenden Anliegerleistungen für Straßendammbefestigung, Kanalisation, Gas-, Wasser- und elektrische Lichtleitung und von der Eintragung einer Sicherheitshypothek für die restlichen 70 v. H. der Anliegerleistungen an erster Stelle des Grundbuchs abhängig zu machen; sie sollte vielmehr erteilt werden, sofern die Siedler bestimmter Siedlungsgebiete sich verpflichten, eine Pflasterkasse zu gründen und in diese monatlich einen laufenden Betrag von 5 bis 10 RM einzuzahlen. Mit den auf diese Weise gewonnenen Mitteln kann in kurzer Zeit eine einfache, für solche Siedlungsgebiete völlig ausreichende Straßendammbefestigung ausgeführt werden. Auf die Anlage von Kanalisation, Gas- und Wasser- und elektrischer Lichtleitung sollte in gleicher Weise verzichtet werden wie bei den mit Reichsmitteln geförderten Stadtrand siedlungen.
- b) Die Baugenehmigung darf ferner nicht mehr wie bisher davon abhängig gemacht werden, daß der Bau innerhalb einer Entfernung von 200 m von einer völlig ausgebauten Straße errichtet wird. Wird durch die Gründung von Pflasterkassen die Anlage einfach befestigter Straßen gesichert, könnte diese Entfernung unbedenklich auf 500 m verlängert werden.
- c) Für die wilden Siedlungen sollten ähnliche baupolizeiliche Erleichterungen zugelassen werden, wie sie z. B. für die Ausführung holländischer Einfamilienhäuser durchweg üblich sind; d. h. es sollten schwächere Fundamente und einfachere Treppen zugelassen werden; es sollte ferner auf die kostspieligen Zwischendecken mit dem unter den Balken angebrachten Deckenputz verzichtet werden, da für Einfamilienhäuser die für Mietwohnungen erforderliche Schalldichtigkeit der Decken nicht erforderlich ist.
- d) Für die wilden Siedlungen sollte die gleiche Gebührenfreiheit bewilligt werden, die für die mit Reichsmitteln geförderten Stadtrand siedlungen verordnet wurde. Nach Berechnungen von Stadtbaurat Czerninski würde eine solche Gebührenfreiheit den Siedlern eine Ersparnis von rund 400 RM bringen.
- e) Schließlich sollte den wilden Siedlern ebenfalls wie den mit Reichsmitteln geförderten Stadtrand siedlungen Bauholz zur

Verfügung gestellt werden, aber als verlorener Zuschuß, da die grundbuchliche Eintragung der geringen dem Holzwert entsprechenden Summe und das jahrelange oder jahrzehntelange Einziehen der Tilgungsbeträge in keinem Verhältnis zu dem Wert der Hilfeleistung stehen würde. Die Gewährung von Bauholz und gegebenenfalls eines kleinen Bargeldzuschusses von 50 oder 100 RM, der ebenfalls als verlorener Zuschuß gegeben werden müßte, könnte von besonderen Planungsvorschriften abhängig gemacht werden, durch die die Verwendung wirtschaftlicher und auch ästhetisch befriedigender Haustypen herbeigeführt werden könnte.

D. Der Deutsche Gewerkschaftsbund weist darauf hin, daß angesichts all dieser Notwendigkeiten die Tatsache, daß in diesem Jahre die

#### Landhergabe

für Siedlung ins Stocken gekommen ist, eine schwere Unterlassungssünde gegenüber unserem Volke und der deutschen Zukunft darstellt. Er fordert, daß die nicht mehr sanierungsfähigen Flächen alsbald und ohne langwierige Zwischenbewirtschaftung der Siedlung zugeführt werden. Die großen Opfer, die das gesamte deutsche Volk einschließlich der Arbeitnehmer des Westens und des Südens für den deutschen Osten aufgebracht haben, sind nur zu rechtfertigen, wenn der Schwebezustand bei den als Großbetrieb nicht mehr zu sanierenden Gütern alsbald beseitigt wird. Die anzusehenden Siedler aller Art werden zu unabhängigen Existenzen werden und als solche dazu beitragen, wieder ein festes Element in die soziale und wirtschaftliche Ordnung hineinzubringen, wenn ihnen jede Übertreibung an zu hohen Bodenpreisen oder zu kostspieliger Gebäudeherstellung ferngehalten wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht in dem Bestreben, bei zusammengebrochenen Gütern über den heutigen Ertragswert hinaus Preise zu erzielen, ein Bemühen, das zu Schaden des Nachbesizers, d. h. auch des Siedlers, gehen muß. Lebensfähige Siedler auf dem Lande, auf dem sich der Großgrundbesitz nicht mehr zu halten vermag, sind aber für den Staat wichtiger als die augenblickliche Erzielung überhöhter Bodenpreise zugunsten einiger weniger Vorbesitzer oder buchmäßiger Erhaltung von Umschuldungskrediten, die in Wirklichkeit doch verloren sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt deshalb, daß sowohl hinsichtlich der Bodenpreise als auch der Bauten jeder Aufwand vermieden wird, der auf die Dauer dem Siedler zu schwere Lasten aufbürdet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund weist die Reichsregierung darauf hin, daß es nicht nur sozialpolitisch, sondern auch nationalpolitisch ihre geschichtliche Aufgabe ist, die größte, überhaupt mögliche Wiederverbindung des deutschen Volkes mit der Scholle und damit die Sicherung des deutschen Ostens gegen polnische Durchsetzung herbeizuführen. Die ihm angeschlossenen Arbeiter und Angestellten aus allen Berufen und aus allen Landschaften des Reiches machen die Regierung für die Unterlassungen verantwortlich und bitten sie, in letzter Stunde nachzuholen, was versäumt ist.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

## Aus dem deutschen Wirtschaftsbuche.

Wer kennt diese interessanten Zahlen? (Sie entsprechen dem letzten Normaljahr 1929.)

Die deutsche Landwirtschaft erzeugt Werte von jährlich etwa 12,5 Milliarden.

Der deutsche Bergbau schafft Werte von jährlich etwa 3 Milliarden.

Industrie und Handwerk übernehmen Rohstoffe und Halbfabrikate für ca. 19, steigern sie durch Veredelung im Wert auf etwa 45 Milliarden.

Der Wert der deutschen Milchproduktion ist fast doppelt so hoch wie der an Steinkohle, 3,5 gegen 2 Milliarden.

Für Ernährung gibt das deutsche Volk jährlich an 30 Milliarden Mark aus, über 40 Prozent seines Einkommens. Im Alkohol verflüchtigen sich immer noch, obwohl der Verbrauch seit 1900 sich fast halbiert hat, gegen 5 Milliarden. Die Tabakwolken sind seit dem Kriege dichter geworden, in ihnen schweben knapp 3 Milliarden. Tabak und Alkohol zusammen wiegen in den Kosten etwa gleich wie Brot, Kartoffeln, Mehlwaren, Milch und Milchprodukte zusammen, könnten also im Werte die Bevölkerung notdürftig ernähren. Der

Verbrauch von Süßfrüchten und Kakao hat sich seit der Vorkriegszeit fast verdoppelt.

Der deutsche Michel kleidet sich für jährlich 10 bis 12 Milliarden. Auch hier ist eine starke Steigerung gegen die Vorkriegszeit festzustellen, aber nur dem Werte, nicht der Menge nach. Außerdem sind die übrigen Kulturstaaten immer noch hierin uns hoch überlegen. England verbraucht auf den Kopf reichlich das Doppelte, Frankreich das Anderthalbfache an Wolle und Baumwolle. Sogar das warme Italien hat noch fast den gleichen Verbrauch wie wir. An Schuhverschleiß leistet sich Amerika über das Doppelte von uns, ist die echte Heimat der Globetrotter.

Der Wohnungsbedarf beläuft sich entsprechend der Bevölkerungsentwicklung auf jährlich ca. 250 000 Wohnungen, d. h. eine Großstadt wie Stuttgart muß jährlich dreimal neu aufgebaut werden. Dabei ist jedoch nur der gegenwärtige Wohnungsstandard berücksichtigt, der in Deutschland von allen Kulturstaaten am elendesten ist. Die französische Arbeiterfamilie verfügt über das Zweifache, die englische ebenso, die amerikanische über das Dreifache an durchschnittlichen Räumen.

Für Bücher legt das Volk der Dichter und Denker jährlich die bescheidene Summe von 600 Millionen an, auf den Kopf nur 10 ganze Mark. — Das ist nicht ganz so viel wie für Straßenbahnfahrten, für die an 700 Millionen aufgewandt werden. — Das Theater läßt man sich 200 Millionen kosten, das Kino aber schätzt das Volk höher ein, nämlich auf 250 Millionen. Auf jedes 25. deutsche Hinterteil entfällt ein deutscher Kinofuß.

Das deutsche Volk hält auf seine Gesundheit. Den Ärzten zahlt es 550 Millionen Mark Honorar, in Apotheken und Drogerien trägt es eine ganze Milliarde, das ist so viel, wie es in seinen Öfen zum Kochen und Heizen verfeuert.

Das Autofahren ist dem Deutschen jährlich eine Milliarde wert, doch beträgt die Zahl der Autos in England und Frankreich auf den Kopf das Dreifache, in Amerika noch viel mehr.

Statistiken sind Durchschnitt. Gerade in einer Wirtschaftsstatistik kommen die besten und wichtigsten Erkenntnisse aus möglicher Differenziertheit. So zeigt besonders die Lebenshaltung je nach der Volksschicht sehr starke Abweichungen nach oben und nach unten. Der Arbeiterhaushalt beispielsweise mit seinem geringen Einkommen muß einen größeren Teil, als der Durchschnitt besagt, für Ernährung, die zwar einfach, aber kräftig sein soll, heute aber oft unzureichend ist, verwenden. Da lehren die Erhebungen, daß der allgemeine Durchschnittsanteil erreicht wird in Brot, Kartoffeln, Eiern, Milch und Käse, daß er um ein Viertel unterschritten wird in den teureren Artikeln Fleisch und Butter, daß die Bekleidung um ein Viertel hinter der des Durchschnittsdeutschen zurücksteht, daß für Hausrat gar nur die Hälfte des Durchschnittes erreicht wird. —ck.

## Rundschau.

**Konjunkturforschungsinstitute gegen die Wirtschaftspolitik ihrer Länder.** Die Vertreter der Institute für Konjunkturforschung der Länder Belgien, Deutschland, England, Holland, Österreich, Polen, Ungarn und der Vereinigten Staaten hielten in London eine Tagung ab, auf der folgende Entschliebung angenommen wurde:

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, deren hervorstechendste Merkmale die großen Rückgänge der Preise und Beschäftigung sind, geht letzten Endes auf den Mangel an Gleichgewicht zurück, der sich in den Jahren 1925—1929 voll entwickelte. Aber ihre Schwere wurde in sehr erheblichem Maße erhöht durch die zahlreich und häufig geänderten Maßnahmen, die zur Beschränkung der Freiheit des Handels und Geldwesens vorgenommen wurden. Die einstimmige Ansicht dieser Konferenz ist, daß diese defensiven Maßnahmen, die von den einzelnen Ländern ergriffen wurden, sich gegenwärtig verheerend auswirken und für den andauernden Fall der Preise auf den Weltmärkten, der während der letztverfloffenen zwölf Monate Platz gegriffen hat und noch andauert, weitgehend verantwortlich sind.“

**Offene Tür für deutsche Waren.** Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat dem Berliner Vertreter der „Associated Press“, Louis P. Lochner, ein Interview zur Frage der privaten Verschuldung Deutschlands gewährt. Der Minister sagte u. a.:

Zu den angeblichen Absichten einer Schuldenabwertung erklärte der Reichswirtschaftsminister, was die Frage der Herabsetzung der privaten Schulden anlangt, so habe er bereits in dem Interview, das er dem Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ Anfang Juli in Lausanne gegeben habe, ausgeführt, daß die deutsche Regie-

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 29. August bis 3. September ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

### Sterbetafel.

Anton Brog, Holzarbeiter, 54 Jahre, Dortmund.  
 Christoph Bach, Schreiner, 70 Jahre, Freiburg im Breisgau.  
 Ferdinand Waldenburg, Schreiner, 55 Jahre, Köln.  
 Nikolaus Engel, Werkführer, 55 Jahre, Ramberg.  
 Simon Wieprecht, Stellmacher, 61 Jahre, Kassel.  
 Max Schlölein, Korbmacher, 57 Jahre, Rothenburg.  
 Johann Daubiger, Zimmermann, 65 Jahre, Tirschenreuth.  
 Johann Gottschalk, Zimmermann, 46 Jahre, Kelkheim.  
 Josef Mager, Schreiner, 62 Jahre, München.  
 Bernhard Waltemode, Holzarbeiter, 42 Jahre, Neheim.  
 Leonhard Wolf, Schreiner, 22 Jahre, Kassel.  
 Josef Rabin, Holzbildhauer, 37 Jahre, Schweidnitz.  
 Albert Liesen, Schreiner, 50 Jahre, Lennep.  
 Mathias Lauter, Schreiner, 53 Jahre, Köln.  
 Georg Müller, Schreiner, 45 Jahre, Köln.  
 Emil Zimmerbeil, Schreiner, 60 Jahre, Radenornwald.  
 Gustav Burenpohl, Holzarbeiter, 32 Jahre, Gütersloh.  
 Johann Heindl, Säger, 71 Jahre, Marktredwitz.

Ruhet in Frieden!

Die deutsche Regierung habe stets den Standpunkt vertreten, daß es einzig und allein Sache der deutschen privaten Schuldner sei, sich mit ihren amerikanischen und sonstigen ausländischen Gläubigern in Verbindung zu setzen, wenn sie den Schuldendienst nicht mehr leisten zu können glauben. Die beteiligten Regierungen könnten in dieser Hinsicht nur insoweit eingreifen, als sie durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Deflation Einhalt zu tun und damit die Grundlagen für eine Gesundung der Schuldverhältnisse zu schaffen suchten. Ferner könnten die Regierungen dadurch zu einer Erleichterung des Schuldendienstes beitragen, daß sie gegebenenfalls gesetzliche oder sonstige Hindernisse, die einer Auseinandersetzung zwischen den Gläubigern und Schuldnern entgegenstehen, aus dem Wege räumen.

Die Übertragung der fälligen Zins- und Tilgungsraten nach den Gläubigerländern würde freilich außerordentlich gefördert werden, wenn die Gläubigerländer sich zu der Erkenntnis durchringen könnten, daß die Leistung eines so hohen Schuldendienstes, wie ihn die deutsche Volkswirtschaft in den nächsten Jahren an ihre ausländischen Gläubiger zu entrichten hat — mehr als 1,5 Milliarden Reichsmark jährlich —, bis auf einen verschwindenden Bruchteil nur in Waren möglich sei und deshalb bei den Gläubigerländern offene Grenzen voraussetze.

**Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in Preußen.** Im Juli ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zwar weiter zurückgegangen; die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen aber erneut gestiegen. Nach der Erhebung des Statistischen Landesamts vom 31. Juli d. J. sind in Preußen 1 601 386 Wohlfahrtserwerbslose gegen 1 552 131 Ende Juni gezählt worden. Gegenüber dem 31. Juli 1931 ist die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 834 239 oder 108,7 Prozent höher. Auf 1000 Einwohner entfallen im Durchschnitt nunmehr 41,9 Wohlfahrtserwerbslose. 62 791 Wohlfahrtserwerbslose haben in Fürsorge- und Notstandsarbeit oder in freiwilligem Arbeitsdienst gestanden. Wie

in den drei vorletzten Monaten ist auch im Juli der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen in den Landkreisen geringer gewesen als in den Stadtkreisen.

**Der Bettelgewerbeschein.** In verschiedenen Gemeinden des Landkreises Rudolstadt in Thüringen erhalten diejenigen Einwohner, denen keine Unterstützung mehr zugewiesen werden kann, eine Bescheinigung, die ihnen bestätigt, daß sie seit Jahren arbeitslos sind und von der Gemeinde nicht mehr unterstützt werden können. In diesen Scheinen werden die Behörden derjenigen Gemeinden, in denen so beglaubigte Personen bettelnd auftreten, gebeten, sie bei ihrem Bettelerwerb nicht zu hindern, sondern zu unterstützen.

Bisher war die Bettelerei immer noch im Bann, und vor den Augen der Polizei galt sie als verboten. Im vorliegenden Falle kann man beinahe schon von einem Bettelgewerbeschein sprechen.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Memmingen.** 25jähriges Jubiläum der Verwaltungsstelle Memmingen, verbunden mit einem Bezirksjugendtreffen. „Rausche nun, Harfe, heut' rausche mit Macht, O, töne gewaltiger und freier!“ So recht wiesen diese Verse des Prologes auf Sinn und Inhalt unserer Feier hin. Inmitten einer sturmbelegten Zeit jährte es sich zum 25. Male, daß in Memmingen eine Verwaltungsstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter errichtet wurde. Für viele von geringer Bedeutung, für noch mehr vielleicht zum Ärger und nur für wenige ein Anlaß, diesen Tag zu einem Fest zu erheben. Und was konnte man besseres beginnen, als damit ein Jugendtreffen zu verbinden, die Jugend aufzurufen, die gerade in Memmingen der Verwaltungsstelle ist.

Schon am Vorabend fanden sich die Teilnehmer ein, die den weiten Weg von den Ufern des Bodensees bis nach Memmingen nicht gescheut hatten und diesen mit dem Rade zurücklegten. Der folgende Sonntag brachte schönes Wetter, das die Feier dann zum Besten beeinflusste. In einer vorher abgehaltenen Bezirkskonferenz wurden noch Fragen für den engeren und weiteren Kreis, die einer Erläuterung von Seiten des Bezirkssekretärs Kronthaler-Augsburg bedurften, behandelt.

Die Festfeier wurde mit einem schneidigen Marsch, gespielt von der Vereinskapelle des K. K. D., die in selbstloser Weise auch den übrigen musikalischen Teil übernahm, eröffnet. Anschließend an den schon erwähnten Prolog, begrüßte der Erste Vorsitzende, Kollege Maprock, die erschienenen jungen und bejahrteren Gäste von den Ufern der Donau, Lech und Iller, dem Schwäbischen Meere und darüber hinaus. Ein kurzer Rückblick auf die örtliche Vergangenheit des Verbandes ließ ahnen, welche Unsumme von Kleinarbeit, Opfern und Mühen hier aufgebracht wurden. Mit Beifall wurde die Auszeichnung eines Jungmanns mit der Silbernen Verbandsnadel für vorbildliche Werbung aufgenommen. In einer längeren Ansprache brachte nun Bezirkssekretär Kronthaler seine Freude zum Ausdruck und dankte allen, die heute zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben, und noch mehr allen denen, die sich heute, nicht achtend des schleichenden Zeitgiftes, treu zu den Grundsätzen unserer christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung bekennen. Nicht soll heute die Zeit benutzt werden, um Kampfstimmung zu entfachen, sondern einmal sich zu sammeln, Rückschau zu halten, was es denn eigentlich ermöglichte, trotz all dem Jammer und der Not unserer Tage, daß das Gefüge unserer Organisation nicht in den Grundfesten erschütterter wurde. Das ist die unumstößliche Wahrheit der christlichen Weltanschauung, mit ihr die einzig richtigen Grundsätze, darauf aufgebaut in unermüdlicher Schulung und geleisteter Kleinarbeit. Es sind nicht viele, die Einblick und Verstehen gelernt haben, die um die Größe wissen, mit welcher der kleine Mann in seiner Welt um die Erhaltung seiner Arbeitsstätte und in der Sorge um seine Familie kämpft. Gerade auch die Frau des Arbeiters ist es, die einen großen Anteil daran hat, wenn eine Bewegung erstarkt ist, in der sich ihr Mann eingliedert hat, um gemeinsam den Kampf um seine Rechte zu führen.

Noch anderer Jungmann und Freund der Bewegung bestieg das Podium, die ihre und aufgetragene Glückwünsche vorbrachten und zugleich bereites Zeugnis für ihre Sache und Aufgabe ablegten. Als gut gelungen konnte diese Feier geschlossen werden, mit dem festen Gefühl, einen Gedenktag würdig gefeiert zu haben und gestärkt und gesichert auch für die nächsten 25 Jahre zu sein.

Den nächsten Tag beruhten dann noch mehrere Kollegen dazu, um

der nahegelegenen Kunststätte, dem Kloster Otobeuren, einen Besuch zu machen. Dabei soll noch manches Unprogrammatische vorgekommen sein, z. B. starker Schweißverlust infolge der Hitze und — aber darüber soll ich ja nicht berichten. F. W.

**Wiedenbrück i. W.** Im Kreise Wiedenbrück hat sich in den letzten Jahren eine Möbelindustrie entwickelt, die auf so engem, landwirtschaftliche Struktur aufweisendem Gebiete wohl kaum ihresgleichen findet. Ungefähr 10 Mittel- und Großbetriebe, jeder über 50, einzelne bis mehr als 300 Mann starker Belegschaft, suchen und finden Absatz für ihre Produkte.

Die natürlichen sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurden weniger oft und nicht mit solcher Heftigkeit ausgetragen, wie dies in den nahen Industriezentren des Kohlen- und Eisengebietes der Fall ist. Dieser begrüßenswerte Zustand scheint aber nicht Wille einiger schnell größer gewordener Arbeitgeber zu sein. Anders können die Zumutungen, die einige von ihnen an ihre Belegschaften stellen, wohl kaum erklärt werden. Kurzsichtiger Unternehmerstandpunkt läßt den Versuch, einer tariflichen Lohnregelung aus dem Wege zu gehen, erklärlich erscheinen. Kurzsichtig ist es auch und dazu volkswirtschaftlich grundfalsch, besonders im Interesse des Holzgewerbes, Absatz- und Konkurrenzmöglichkeiten lediglich im Wege des Lohndrucks und Kürzung der Akkordsätze herbeizuführen. Die zum Ausgleich empfohlene Mehrarbeit gleicht die entstehenden Schäden eben nicht aus. Das Ende vom Liede muß sein, daß zu der herrschenden Unzufriedenheit noch viel mehr Derbitterung und Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch weiter auseinanderkommen.

Weitsichtigkeit scheint nun eine immer seltener werdende Unternehmenseigenschaft zu sein, wenigstens dort, wo es sich um die Belange der Arbeiterschaft handelt. Man ist auch um „Gründe“ für unsoziale Handlungen nicht sehr verlegen. Manche Arbeitgeber reden sich unter anderem tatsächlich vor, daß ihre modern eingerichteten und funktionierenden Betriebe nur durch eigen Wissen und Können geworden sind. An die aufopfernde und fleißige Mitarbeit oder sogar Hauptarbeit ihrer Belegschaften denkt man gar nicht. Radikale Stimmen aus den Betrieben drücken diesen Sachverhalt etwas derber aus, indem sie sagen: „Aus unseren dauernden Lohnabzügen, aus unserer Mehrarbeit, aus vorenthaltenem Arbeitslohn sind die Betriebsanlagen, Maschinen, Dillen und Autos überwiegend entstanden und angeschafft worden.“

Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht. Letzter Damm gegen weitere, durch nichts gerechtfertigte Lohnabzüge ist der Zusammenschluß in der Gewerkschaft. Der Weg ist beschritten. Wenn alle Kollegen auf dem Posten sind, führt der Zusammenschluß auch zum Ziel. Jeder muß seinen Teil zum Bau des Gebäudes der Einheit beitragen. Mit richtig angewandten Mitteln werden wir die Grundsätze christlicher Gerechtigkeit auch in die Betriebe erfolgreich hineintragen können. Den Zeitpunkt des Handelns bestimmen wir und lassen uns weder hinreißen noch entmutigen.

Solches Beginnen gefällt aber gewissen Herrenmenschen in Wiedenbrück durchaus nicht. In einem Betrieb soll es: „niemals ein Räte-system geben, er kauft die ‚Ware‘, Arbeitskraft zu dem Preise, wie er es will, Christ und Mensch sein, scheidet im Wirtschaftsleben vollständig aus, Kampf bis zum letzten, ganz gleich wie viele dadurch Kommunisten werden, und wenn's Tausenden nicht gelungen ist nach diesem Rezept zu registern, ihm gelingt es, sonst wird die Bude zugemacht.“ Das ist ein Auszug aus dem „Programm“ des Herrn

Wer damit nicht einverstanden ist, wird unter Assistenz eines bissigen Kötters in eine Büroecke gebozt. Tatsächlich so geschehen in Wiedenbrück, kurz vor Ausbruch des Dritten Reiches.

Die organisierte christliche Arbeiterschaft ist den Kampf gewöhnt. An Gegnern aus dem sozialistischen Lager und vor allem aus dem Lager jener Herrenmenschen hat es niemals gemangelt. Mit großen und kleinen Gewaltmenschen ist sie fertig geworden. Wiedenbrücker Möbelfabrikanten werden sich an manches, jetzt noch nicht Begriffenes, gewöhnen müssen, wahrscheinlich nicht zu ihrem Schaden.

## Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.  
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 80 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Denloer Wall 9. Telefonruf West 515 49. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.